

**DIPLOMATIC COUNCIL ANALYSE**

# **Post Corona: Wirtschaft**

**Analyse der Auswirkungen der Corona-Krise auf die Wirtschaft**

## Leitfaden für selbstständiges Denken und Handeln

Die vorliegende Ausarbeitung ist Teil einer umfassenden Reihe mit dem Titel „Post Corona“, die Überlegungen zu den Auswirkungen der Pandemie auf die Zeit nach Corona umfasst. Dabei wird die gesamte Dekade der 2020er Jahre bis 2030 und teilweise sogar darüber hinaus in Augenschein genommen. Alle Aussagen sind sorgfältig recherchiert und dokumentiert. Dennoch ist die Reihe nicht etwa als „finale Dokumentation“ konzipiert, sondern als Diskussionsstoff, als Anregungen für eigene Gedanken, als Leitfaden für selbstständiges Denken und Handeln.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, sind vorbehalten. Kein Teil dieses Analysebulletins darf ohne schriftliche Genehmigung des Diplomatic Council in irgendeiner Form – durch Photokopie, Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen, insbesondere von Datenverarbeitungsmaschinen, verwendbare Sprache übertragen oder übersetzt werden. Die Wiedergabe von Warenbezeichnungen, Handelsnamen oder sonstigen Kennzeichen in diesem Analysepapier berechtigt nicht zu der Annahme, dass diese von jedermann frei benutzt werden dürfen.

Vielmehr kann es sich auch dann um eingetragene Warenzeichen oder sonstige gesetzlich geschützte Kennzeichen handeln, wenn sie nicht eigens als solche markiert sind. Sämtliche Inhalte in diesem Bulletin müssen nicht automatisch der Meinung und Ansicht des Diplomatic Council oder seiner Mitglieder entsprechen. Vielmehr geht es darum, unterschiedliche Blickwinkel einzunehmen, konträre Ansichten zu Wort kommen zu lassen und ein Meinungsspektrum widerzuspiegeln. Das bedeutet allerdings nicht, Falschdarstellungen Raum einzuräumen. Fakten lassen sich in vielfältiger Weise interpretieren, aber „alternative Fakten“ sind gar keine Fakten.

Alle Analysebulletins des Diplomatic Council werden sorgfältig erarbeitet. Dennoch übernimmt das Diplomatic Council in keinem Fall einschließlich der vorliegenden Analyse für die Richtigkeit von Angaben, Hinweisen und Ratschlägen sowie für eventuelle Druckfehler irgendeine Haftung.

## Inhaltsverzeichnis

<b><u>ANALYSEREIHE „POST CORONA – DIE WELT NACH DER KRISE“ .....</u></b>	<b><u>4</u></b>
<b><u>WIRTSCHAFTSKATASTROPHE .....</u></b>	<b><u>4</u></b>
<b><u>APOKALYPSE FÄLLT IN DEUTSCHLAND AUS.....</u></b>	<b><u>5</u></b>
<b><u>WIRTSCHAFT ÜBERFORDERT – MIT DER BÜROKRATIE .....</u></b>	<b><u>7</u></b>
<b><u>STEUERN HEBEN, STEUERN SENKEN .....</u></b>	<b><u>8</u></b>
<b><u>WIEDERBELEBUNG DER FINANZTRANSAKTIONSSTEUER .....</u></b>	<b><u>8</u></b>
<b><u>REVOLUTION IM MITTELSTAND.....</u></b>	<b><u>10</u></b>
<b><u>MEHR ODER WENIGER STAAT?.....</u></b>	<b><u>11</u></b>
<b><u>ÖLSCHOCK 2020 .....</u></b>	<b><u>13</u></b>
<b><u>BILLIONENWIRTSCHAFT UND GELDENTWERTUNG .....</u></b>	<b><u>14</u></b>
<b><u>CORONOMICS – DIE FOLGEPOLITIK DER PANDEMIE.....</u></b>	<b><u>15</u></b>
<b><u>AUSBLICK .....</u></b>	<b><u>17</u></b>

## VORWORT

### **Analysereihe „Post Corona – Die Welt nach der Krise“**

Das Jahr 2020 steht für die erste und bislang größte globale Katastrophe der Menschheit im 21. Jahrhundert. In der Pandemie wandeln sich Demokratien in atemberaubender Geschwindigkeit zu Herrschaftsstaaten, in denen die Regierungen den Bürgern so schnell so viele Freiheitsrechte wegnehmen, dass das Wort von der „Corona-Diktatur“ die Runde macht. Grundrechte wie etwa die Versammlungsfreiheit oder das Recht, sich mit Personen seiner Wahl zu treffen, werden über Nacht abgeschafft. Die Pandemie hat unsere Welt nachhaltig verändert und es ist absehbar, dass wir nach der Krise nicht einfach da weitermachen werden, wo wir davor standen.

Die Folgen der Coronakrise werden eine ganze Generation, nennen wir sie die 2020er Generation, beschäftigen. Die Dekade 2020 bis 2030 wird durch gravierende Veränderungen gekennzeichnet sein. Einige dieser Entwicklungen haben sich schon lange vor dem Jahr 2020 abgezeichnet, werden durch die aktuelle Situation jedoch in einer zuvor nie dagewesenen Art und Weise beschleunigt. Andere Entwicklungen scheinen wie aus dem Nichts entstanden zu sein; dazu gehört die Geschwindigkeit, mit der Regierungen das Zepter des Handelns an sich gerissen haben und über unseren Alltag verfügen.

In der Analysereihe „Post Corona – Die Welt nach der Krise“ werden diese mutmaßlichen Veränderungen auf den unterschiedlichen Feldern aufgezeigt: Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, den Rechtsstaat und viele weitere Themen.

### **Wirtschaftskatastrophe**

Deutschlands Lockdown oder Shutdown, die radikale Abschaltung praktisch allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens im Frühjahr 2020 und in den Wintermonaten 2020/21 führten zu einer Art Kernschmelze der Wirtschaft. Schon in den ersten zwei Wochen nach Beginn des historisch einmaligen Shutdown der gesamten Volkswirtschaft meldeten beinahe eine halbe Million Unternehmen Kurzarbeit an. Im Nachbarland Österreich führte das Experiment, eine Volkswirtschaft „mal eben“ abzuschalten, binnen eines Monats zum höchsten Arbeitslosenstand seit 1946. Vor allem die Kettenreaktionen richteten insbesondere in

Deutschland zuvor unvorstellbare Schäden an. Produktionsnetzwerke kollabierten, Lieferketten rissen, Abertausende von Mittelständlern, Kleinbetrieben, Selbstständigen und Freiberuflern schlitterten in die Insolvenz – alles als direkte Folge der Quarantäne-Ökonomie. Jeder Ausfall multiplizierte sich über alle anderen davon Betroffenen. Die Wirtschaft ist keine Behörde, die man für einige Zeit einfach schließen und danach mit ausreichend Geldmitteln wieder einschalten kann. Wirtschaft funktioniert eher wie ein lebendiger Organismus; ein Organ, das einmal abgestorben ist, lässt sich danach nicht mehr wiederbeleben.<sup>1</sup>

Eine Umfrage von ifo Institut und FAZ unter 155 Ökonomen mitten im Shutdown zu einer möglichen Rezession lässt sich wie folgt zusammenfassen: genaues weiß man nicht.<sup>2</sup> Stark vereinfacht gesagt unterscheiden die Ökonomen zwischen den drei Modellen L, V und U, wobei die Buchstabenform den Wirtschaftsverlauf beschreibt. L steht also für Absturz und unten bleiben, V für schnellen Abstieg und ebenso schnelle Erholung und U für langsamen Ab- und Aufstieg. Doch die 2020er Jahre werden wohl eher von einer vierten Variante bestimmt: einem W als Symbol für den abwechselnden Auf- und Niedergang. Schon 2020 blieb es nicht beim ersten Lockdown im Frühjahr; kurz vor Weihnachten folgte eine weitere Totalabschaltung bis in das Jahr 2021 hinein.

### **Apokalypse fällt in Deutschland aus**

Das Innenministerium hat 2020 in einem internen Papier die ökonomischen Folgen eines Corona-Shutdowns durchgerechnet. Das Worst-Case-Szenario, also der schlimmste anzunehmende Fall, in dem Papier als „Abgrund“ bezeichnet, las sich wie die Apokalypse. Laut Analyse könnte die Wirtschaftsleistung in Deutschland um 32 Prozent einbrechen und die Wirtschaftsleistung der Industrie sogar um 47 Prozent zurückgehen. Wörtlich hieß es in dem vertraulichen Papier: „Dieses Szenario kommt einem wirtschaftlichen Zusammenbruch gleich, dessen gesellschaftliche und dessen politische Konsequenzen kaum vorstellbar sind.“<sup>3</sup> Allerdings: Dieser schlimmstmögliche Fall, der von den Medien vielfach zitiert wurde, wäre nur eingetreten, wenn es überhaupt nicht gelungen wäre, die Pandemie zu kontrollieren und einzudämmen. Doch genau das ist gelungen. Im mildesten Szenario („Schnelle Kontrolle“) ging die Analyse von einem Schrumpfen der Wirtschaftsleistung um vier Prozent und der industriellen Wertschöpfung um neun Prozent in 2020 aus. Dies entspräche in etwa der Rezession in der Weltwirtschaftskrise 2009.<sup>4</sup> Indes ist davon auszugehen, dass viele Industrien die Produktionszahlen von vor der Krise auf einige Jahre nicht wieder erreichen

werden. Schließlich werden sich die verfügbaren Einkommen deutlich reduziert haben, und das Konsumverhalten der Bevölkerung wird sich nach der Krise sicherlich neu ausrichten.<sup>5</sup> Die 2020er Jahre werden rückblickend als Wirtschaftswunder 2.0 in die Geschichte eingehen, anknüpfend an die Ludwig-Erhard-Zeit des Wiederaufbaus von 1949 bis 1963. Doch während es nach dem Zweiten Weltkrieg darum ging, die Trümmer beiseite zu räumen und die Industrie wieder zum Laufen zu bringen, geht es heutzutage vor allem um Innovationen. Deutschland muss es gelingen, bei Themen wie Internet der Dinge, Künstliche Intelligenz, Big Data, Biotech, Fintech, Digitalisierung und über alle Branchen hinweg der Startupszene Platz zum Aufblühen zu bieten. Am besten geht dabei der Staat voran mit einer umfassenden Digitalisierung über alle öffentlichen Bereiche hinweg, von E-Health bis E-Government.<sup>6</sup> Experten rechnen damit, dass Deutschland frühestens im Jahr 2028 wieder auf den Wachstumspfad zurückkehrt, der 2020 so jäh unterbrochen wurde.<sup>7</sup>

Fazit: Je nach Institut und Experte wird ein Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Leistung um sieben bis über 30 Prozent erwartet, wobei 30 Prozent als unwahrscheinlich gelten. Zum Vergleich: In der Weltwirtschaftskrise des vergangenen Jahrhunderts ging die Gesamtleistung der deutschen Wirtschaft in 1930 um sieben Prozent, in 1931 um 16 Prozent und in 1932 um 17 Prozent zurück. Wahrscheinlich sind ein spitzes U oder ein langgezogenes V, aber wohl kein L. Denn der industrielle Kern Deutschlands wird über die Corona-Pandemie hinweg zweifelsohne erhalten bleiben. Die Kreativität der Familienunternehmen, innovativen Mittelständler und krisenerprobten Selbstständigen und Freiberufler versprechen eine berechtigte Hoffnung auf eine milde Rezession mit anschließendem Aufschwung in den 2020er Jahren.

Allerdings könnte Deutschland gezwungen sein, seine Wohlstandsillusion aufzugeben, die Mär vom reichen Deutschen ist in der nächsten Dekade möglicherweise nicht mehr aufrecht zu erhalten. Es besteht nämlich eine erhebliche Schieflage zwischen dem reichen Staat und den deutlich weniger reichen Bürgern. Eine wesentliche Ursache hierfür ist die geringe Eigentumsquote in Deutschland: Nur 42 Prozent der Haushalte leben in den eigenen vier Wänden. 58 Prozent sind Mieter. In Ost- und in Südeuropa müssen die Bürger hingegen (mit Quoten von deutlich über 70 Prozent) nicht einen Großteil ihres Einkommens für hohe Mieten aufwenden. Das ist einer der Gründe, warum 41 Prozent der Deutschen mit weniger als 10.000 Euro kein nennenswertes Vermögen besitzen.

Wohl am wichtigsten für die Tatsache, dass der Staat reich aber viele seiner Bürger arm sind, gilt das staatspolitische Ziel der Schwarzen Null. Die niedrige Neuverschuldung des Staates wurde nämlich durch eine Niedrigzinspolitik erkaufte, die die Sparer über Jahre hinweg insgeheim enteignet hat. Zudem wurden den Bürgern Steuer- und Abgabensenkungen vorenthalten, als dies dank sprudelnder Einnahmen (2019 fast 800 Milliarden Euro) möglich gewesen wäre.<sup>8</sup> Diese Entwicklungen werden sich in den 2020er Jahren kaum verbessern, sie werden nur deutlicher zutage treten.

### **Wirtschaft überfordert – mit der Bürokratie**

Nicht vom Virus, nicht von den staatlichen Beschränkungen, nicht von den nationalen und internationalen Wirtschaftshemmnissen – nein, von der Bürokratie fühlte sich die deutsche Wirtschaft in der Pandemie 2020/21 überfordert. Die „zahlreichen Melde-, Prüf- und Anzeigepflichten“ seien schon in normalen Zeiten eine Zumutung, in der Krise sind sie nicht zu schaffen, monierte bereits im Frühjahr 2020 der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK). Denn lassen die Firmen staatliche Fristen verstreichen, können Steuer-, Beitrags- oder Gebührenerstattungen ausfallen, Bußgelder verhängt werden, Zulassungen erlöschen, Förder- und Ausgleichsgelder verfallen. Laut DIHK stand eine Antragssumme „in deutlich zweistelliger Milliardenhöhe auf dem Spiel“, wenn die Unternehmen den Anforderungen der staatlichen Bürokratie wegen der Pandemie nicht nachkommen. Konsequenterweise forderte der DIHK eine Bürokratie-Pause.<sup>9</sup> Viele Unternehmen wären sicherlich froh, wenn es auf einen ewig währenden Bürokratie-Lockdown hinausläufe.

### **Teurer als die Wiedervereinigung**

Die volkswirtschaftlichen Corona-Kosten belaufen sich Berechnungen zufolge auf 391 Milliarden Euro.<sup>10</sup> Die Pandemie kostet Deutschland insgesamt bis zu 1,8 Billionen Euro Staatshilfe – und ist damit teurer als die Wiedervereinigung.<sup>11</sup> Allein im Katastrophenjahr 2020 lag die Finanzplanung bei 156 Milliarden Euro Neuverschuldung. Damit erhält der uralte Schlager „Wer soll das bezahlen, wer hat soviel Geld?“ einmal mehr eine Neuauflage.

## **Steuern heben, Steuern senken**

Beinahe reflexartig bietet sich aus einem bestimmten politischen Blickwinkel die Antwort an: Der wohlhabende Teil der Gesellschaft, am besten mit einer Vermögensabgabe, einer Art Corona-Steuer. Immerhin besitzen in Deutschland 45 Superreiche in etwa so viel Vermögen wie die gesamte ärmere Hälfte, hat das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) schon 2014 ermittelt. Zum Mitschreiben: 45 Personen besitzen die eine Hälfte des privaten Nettovermögens in Deutschland, die andere Hälfte verteilt sich auf alle anderen Deutschen. Dennoch dürfte die Vermögensabgabe keine praxisnahe Lösung sein, weil das Geld der Superreichen überwiegend in mittelständischen Firmen, Familienunternehmen, investiert ist. Würde man es für die Corona-Steuer einziehen, wären weite Teile der mittelständischen Wirtschaft betroffen, es käme zum Abbau von Arbeitsplätzen im großen Stil und am Ende würde trotzdem wieder die ärmere Hälfte die Zeche bezahlen. Von einer geschwächten Wirtschaft profitiert niemand, weder arm noch reich. Man mag das als ungerecht ansehen.

Mitten in der Krise 2020 lieferten der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages eine Analyse über die „Verfassungsmäßigkeit einer Vermögenssteuer zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie“. Mit einer „Einführung einer einmaligen Vermögensabgabe zur teilweisen Finanzierung der Corona-Krise ... könnten Wohlhabende durch einmalige Zahlungen zur Refinanzierung des Staates herangezogen werden“, ließ der Dienst wissen. Weiter: „Die Vermögensabgabe wird im Grundgesetz (GG) in Art. 106 Abs. 1 Nr. 5 ausdrücklich als Steuer aufgezählt. Dadurch ... ist sie grundsätzlich verfassungsrechtlich zulässig. ... Die Vermögensabgabe muss laut Verfassung eine einmalige Abgabe bleiben. Allerdings ist es zulässig, diese einmalige Abgabe über mehrere Jahre zu verteilen.“<sup>12</sup>

## **Wiederbelebung der Finanztransaktionssteuer**

Während der Pandemie kam eine weitere alte Steueridee einmal mehr ans Tageslicht: die Finanztransaktionssteuer, also vereinfacht gesagt die pauschale Besteuerung aller Finanztransaktionen insbesondere, aber nicht nur, an den Börsen. Eine der ersten Überlegungen dazu in Bezug geht auf den US-Ökonomen John Maynard Keynes nach der Großen Depression im Jahr 1936 zurück. Diese Steuer sollte kurzfristige Finanzspekulationen eindämmen, damit sich die Unternehmen mehr auf die langfristige nachhaltige Gewinnmaximierung fokussieren

können. Das Gegenargument lautete damals wie heute: Das verminderte Handelsvolumen an den Börsen und die damit einhergehende geringere Liquidität behindern die Wirtschaft mehr als sie zu stützen. Dieses Manko wollte die 1972 von James Tobin vorgeschlagene so genannte Tobin-Steuer („Tobin Tax“) umgehen, indem die Finanztransaktionssteuer ausschließlich auf Währungsspekulationen Anwendung findet.

Schon 2011 legte die EU-Kommission einen Gesetzentwurf zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer in der EU vor. Der Steuersatz sollte 0,1 Prozent auf den Handel von Aktien und Anleihen und 0,01 Prozent für Derivate von Aktien und Anleihen betragen. In Summe ließen sich laut Berechnungen der Europäischen Kommission dadurch rund 50 Milliarden Euro einnehmen, die großteils den Mitgliedsländern zugutekommen sollen.<sup>13</sup> Dennoch verhinderten immer neue Widerstände aus einzelnen Ländern die Durchsetzung, so dass 2012 das Ziel einer Einführung in der gesamten Eurozone aufgegeben wurde. Die verbleibenden EU-Ländern einigten sich darauf, die Finanztransaktionssteuer nunmehr nur in den befürwortenden Ländern einzuführen.<sup>14</sup> 2013 beschloss der Rat der EU-Finanz- und Wirtschaftsminister, dass die elf Staaten Belgien, Deutschland, Estland, Frankreich, Griechenland, Italien, Österreich, Portugal, Slowakei, Slowenien und Spanien die Finanztransaktionssteuer einführen dürfen.<sup>15</sup> Im Juni 2019 verständigten sich zehn dieser Länder darauf, dass die Finanztransaktionssteuer lediglich Käufe und Verkäufe von Aktien betreffen und im Laufe der 2020er eingeführt werden soll. Die Höhe stand mit Eintritt in die neue Dekade noch nicht fest; Deutschland forderte, dass mindestens 0,2 Prozent pro Transaktion erhoben werden.<sup>16</sup> Angesichts der immensen Kosten zur Bekämpfung der Pandemie und dem Ausfall der britischen Beiträge zur Europäischen Union durch den Brexit seit 1. Januar 2021 ist die Wahrscheinlichkeit einer Einführung der Finanztransaktionssteuer in der EU deutlich gestiegen.<sup>17</sup>

Die Alternative zu neuen Steuern und Abgaben heißt Steuersenkungen. Tatsächlich drängten einige Politiker wie etwa der Bayerische Ministerpräsident Markus Söder schon im Krisenjahr 2020 auf Steuersenkungen. Der Vorschlag: Durch eine Absenkung der Einkommenssteuer sollten möglichst viele Arbeitnehmer mehr Geld in der Tasche haben.<sup>18</sup>

Eine Sache sollte tunlichst vermieden werden, nämlich 2022 und danach die Fehler aus der Zeit nach der Finanzkrise 2010 zu wiederholen. Damals waren Maßnahmen ergriffen worden, darunter eine Straffung der Geldpolitik und der Ruf nach Sparmaßnahmen, um so rasch wie möglich zur Normalität zurückzukehren.<sup>19</sup> Der Wunsch nach einem normalen Leben nach einer Ausnahme-situation ist verständlich, doch die Pandemie ist mit der Finanzkrise nicht vergleichbar. Damals waren die Probleme menschengemacht und man konnte sie mit menschengemachten Maßnahmen wie Regelwerken wieder in den Griff bekommen. Bei der Pandemie 2020/21 hingegen ging es um eine Art Naturgewalt, und die lässt sich nicht mit Regeln so einfach außer Kraft setzen.

Fazit: Dramatische Steuererhöhungen oder Steuersenkungen sind in Deutschland nach Beendigung der Krise vermutlich nicht zu erwarten. Die Vor- und Nachteile für beide Maßnahmen halten sich in etwa die Waage, aber die Wahrscheinlichkeit, dass es nach oben geht ist sicherlich größer als umgekehrt. Die schon lange vor der Pandemie geplante Finanztransaktionssteuer tritt mutmaßlich in der einen oder anderen Form in Kraft. Die Einführung einer Vermögensabgabe oder einer Vermögenssteuer ist nicht auszuschließen. Fest steht, dass Steuern und Abgaben eines der Hauptfelder des politischen Streits nach der Pandemie in den 2020er Jahren sein werden, wobei natürlich alle Parteien ihre Stimmen stets nur im Namen der Bürger erheben. Wofür oder wogegen man ist, dürfte im wesentlichen eine Frage des ideologischen Blickwinkels sein.

## **Revolution im Mittelstand**

Eine andere Frage ist, ob der Mittelstand nach der Pandemie weiter stillhält und weitermacht, als wäre nichts gewesen. Wenn der Arbeitsplatz verloren, der Betrieb pleite, der Sparplan wertlos ist – bleiben die Menschen dann weiterhin ruhig? Möglicherweise nicht. Die Mittelschicht hat über Jahrzehnte hinweg an das Dogma geglaubt, man müsse nur fleißig genug sein, um auch einen erklecklichen Anteil am Wohlstand abzubekommen. Sie hat in dieser Zeit vieles verkraftet: immer höhere Steuern und Abgaben, eine monströse Aufblähung der Bürokratie, die sie bewältigen und finanzieren muss, die Unterstützung für die weniger Leistungsfähigen im eigenen Land und irgendwo auf der Welt. In der Politik fand die Mittelschicht hingegen wenig Beachtung, dort ging es um die Ausweitung von Sozialleistungen, Rentenpakete, den Migrationspakt oder die europäische Solidarität und zuletzt natürlich um die Eindämmung der Pandemie. Sollte diese Mittelschicht, die im Grunde nie große Beachtung fand, weil sie „einfach so

funktionierte“, nach der Krise feststellen, dass die jahrelangen Mühen umsonst waren, dass ihr vermeintlich sicherer Wohlstand weg ist, dann liegt möglicherweise irgendwann eine Revolution in der Luft. Diese frustrierte Mittelschicht wird dann vermutlich immer noch vernünftig genug sein, um keine Autos in Brand zu setzen, keine Schaufensterscheiben einzuschlagen und keine Regierungsgebäude zu stürmen – aber sie könnte sich politisch radikalisieren. Schon der 2008 verstorbene US-Politologe Samuel Huntington, dessen zentrales Werk „Kampf der Kulturen“ heute noch als ein zutiefst umstrittener Meilenstein je nach Blickwinkel gepriesen oder verteufelt wird, vertrat die Ansicht, dass die Mittelschicht zur Radikalisierung neigt, wenn sie Gefahr läuft, ihren gesellschaftlich privilegierten Status gegenüber anderen Gruppen der Gesellschaft zu verlieren.<sup>20</sup> Anders ausgedrückt: Wer jahrzehntelang als Teil der „Generation Mitte“ hart gearbeitet hat, lässt sich nicht ohne Gegenwehr zu Hartz IV herabstufen. Diese „Generation Mitte“ umfasst bundesweit etwa 35 Millionen Menschen. Auf sie entfallen 70 Prozent der Erwerbstätigen und mehr als 80 Prozent der steuerpflichtigen Einkünfte. Es handelt sich um die viel zitierten „Leistungsträger unserer Gesellschaft“. Bemerkenswert: 44 Prozent von ihnen gingen schon vor dem Jahr 2020 davon aus, dass es mit der Wirtschaft bald bergab gehen könnte.<sup>21</sup> Diese Existenzängste der Mittelschicht sind nach Beendigung der Pandemie größer als davor.

Fazit: Die Politik muss darauf achten, für die Leistungsträger unserer Gesellschaft eine über die Pandemie hinausgehende Zukunftsperspektive möglichst für die gesamte Dekade zu vermitteln. Denn wenn die Mittelschicht die Leistung verweigert, ist die Wirtschaft und damit auch die Gesellschaft nicht mehr zu retten. Gelingt die Perspektive, hat Deutschland die Pandemie wirtschaftlich einigermaßen überstanden. Die Erhaltung der Leistungsgesellschaft gehört zu den großen Herausforderungen der 2020er Jahre.

### **Mehr oder weniger Staat?**

Eine Krise ist die Stunde der Regierung. So nutzte denn auch die Exekutive 2020/21 die Fülle ihrer Macht nicht nur in Bezug auf die Bevölkerung, sondern auch bei der Wirtschaft. Kurzarbeit, Kredite für Selbstständige, Mittelstand und Konzerne – es regnete mehr Geld vom Staat als jemals zuvor. Tenor: Nur mit sofortiger staatlicher Hilfe ist die Wucht der Rezession zu mildern, sind die Schicksale der wirtschaftlich Tätigen zu retten. Die Botschaft darin lautete immer gleich: In der Krise trägt der Staat die Verantwortung für die Wirtschaft. Und

tatsächlich wollte sich keine Regierung lumpen lassen, es wurden 2020/21 mehr staatliche Gelder in die Wirtschaft gepumpt als je zuvor. „Es gibt keine Grenze nach oben“, ließ der deutsche Finanzminister verlauten.<sup>22</sup> Doch die Frage muss erlaubt sein: Warum war die Wirtschaft eigentlich so schlecht auf eine Krise vorbereitet? Zu dem während der Pandemie allenthalben zu hörenden Ruf, der Staat sei nicht ausreichend vorbereitet gewesen, muss man der Ehrlichkeit halber hinzufügen: die Unternehmen auch nicht. Kaum eine Firma hatte eine eiserne Reserve aufgebaut oder Lagerkapazitäten vorgehalten, die den Betrieb einige Monate lang am Laufen halten. Das hat einen einfachen Grund: Reserven, Notlager und sonstige Präventivmaßnahmen kosten Rendite. Die Wirtschaft war also deshalb nicht vorbereitet, weil sie wie im Wachstumsrausch auf immer höhere Gewinne aus war und Rückschläge überhaupt nicht ins Kalkül gezogen hatte. Viele Unternehmen nahmen in der jahrelangen Niedrigzinsphase immer mehr Kredite auf, um ihre Expansion voranzutreiben. Sie nahmen die Mittel in der irrigen Erwartung auf, dass die von der Billiggeldpolitik der staatlichen Notenbanken über Jahre hinweg angeheizte Konjunktur ewig brummt. Wegen der Corona-Krise ging dieses Kalkül nicht auf. Man nennt das unternehmerisches Risiko, das, wie der Begriff schon impliziert, das Unternehmen zu tragen hat, nicht der Staat. Das ist der Kern des Unternehmertums: Man geht ein kalkulierbares Risiko ein, um damit höhere Gewinne zu erzielen. Wer sich verkalkuliert, muss mit Verlusten oder gar der Pleite rechnen. Dennoch gab es 2020/21 wohl kaum eine Branche, die nicht nach staatlicher Stütze rief: Künstler, Gastwirte, Hotels, Einzelhandel, Produktionsbetriebe... die Liste war lang.

Natürlich war die Pandemie 2020/21 nicht vorhersehbar, aber es bedurfte schon zuvor keiner größeren hellseherischen Fähigkeit um vorauszusagen, dass irgendwann Rückschläge kommen. Schon vor 2020 lauerten viele Gefahren, die das Potenzial hatten (und immer noch haben), die Wirtschaft in den Abgrund zu reißen. Handelskriege, Zollschranken, Zerfall der EU, Instabilität der Währungen, Schuldenkrise, Inflation, Deflation, Terror oder Hackerangriffe sind nur eine Auswahl möglicher Bedrohungen für die Wirtschaft. Die meisten Unternehmen hatten sich auf alle diese Szenarien im Grunde gar nicht vorbereitet, sondern riefen in der Krise nach dem Staat. Doch der Staat konnte und kann nicht jedes Unternehmen retten – und es ist auch nicht seine Aufgabe, jedenfalls nicht, wenn wir von einer Verstaatlichung der Wirtschaft Abstand nehmen.<sup>23</sup>

Fazit: Unternehmer jeder Größenordnung haben hoffentlich aus der Schreckensperiode seit 2020/21 die Lehre mitgenommen, für die nächste Krise vorzusorgen. Eine unternehmerische Tätigkeit sollte ein gewisses Maß an Verantwortung für alle Beteiligten – Beschäftigte, Kunden, Lieferanten und Aktionäre – beinhalten, in guten wie in schlechten Zeiten. Vielleicht ist das eine der Lehren für die 2020er Jahre.

## Ölschock 2020

Bis zum Jahr 2020 dachte man beim Wort „Ölschock“ an die Ölkrise von 1973, als die Mitglieder der Organisation der arabischen Erdölexportländer ein Ölembargo verkündeten. Das Embargo richtete sich damals gegen Nationen, von denen angenommen wurde, dass sie Israel während des Jom-Kippur-Krieges unterstützt hatten. Der Ölpreis kletterte 1973 von drei US-Dollar pro Barrel auf über fünf und im nächsten Jahr 1974 sogar auf über zwölf Dollar. Seitdem erklimm der Erdölpreis zeitweise schwindelerregende Höhen von über 140 Dollar.<sup>24</sup>

In der Corona-Krise erreichte der Ölpreis 2020 neue Rekorde – allerdings nach unten. Erstmals war der Preis für Rohöl ins Minus gerutscht. Das heißt, Ölproduzenten mussten Käufern Geld bezahlen, damit sie das Öl abnahmen. Die Lager waren voll und es gab kaum Nachfrage, weil die Fabriken, Maschinen und Autos durch die Pandemie weltweit überwiegend stillstanden. Die Umkehrung des Ölpreises, also dass man beim Verkauf Geld zahlen muss statt Geld erhält, markierte die Dramatik der Pandemie für die Weltwirtschaft in dieser Zeit.<sup>25</sup>

Das Credo der Ölkonzerne wie etwa Shell, ExxonMobil, Total, BP oder Royal Dutch Shell – eine wachsende Weltbevölkerung verlangt nach einem höheren Lebensstandard, der Öl braucht – geriet erstmals seit 150 Jahren ins Wanken. So musste der Ölriese ExxonMobil zum ersten Mal seit seiner Fusion zwei Jahrzehnte zuvor einen Quartalsverlust hinnehmen. Das Jahr 2020 läutete damit das Ende des sogenannten „Dividendenadels“ ein. Den Titel haben sich die Ölgiganten erworben, indem sie ihre Dividendenzahlungen an die Aktionäre über 25 Jahre hinweg und länger jedes Jahr erhöht hatten. Der US-Konzern Chevron hatte seine Dividende zuletzt während der Weltwirtschaftskrise 1934 gekürzt. Royal Dutch Shell hatte seit dem Zweiten Weltkrieg unerschütterlich an steigenden Dividendenausschüttungen festgehalten – bis 2020.<sup>26</sup> Die Regelmäßigkeit der Dividende war schon lange vor 2020 im Grunde das einzige Argument für Aktionäre der „Big Oil“. In der Marktkapitalisierung an der Börse hatte die

Digitalwirtschaft die fossilen Giganten längst hinter sich gelassen. So lag etwa ExxonMobil, einst eines der mächtigsten Unternehmen der Vereinigten Staaten von Amerika, schon vor 2020 in der Marktkapitalisierung an der Börse in etwa gleichauf mit dem Videostreamingdienst Netflix.<sup>27</sup>

Ebenso eine Zäsur wie der Ölchock war im Jahr 2020, dass der Nationale Volkskongress in China erstmals seit 1990 keine Wachstumsprognose wagte – nicht für das laufende Jahr und erst recht nicht für die Zeitspanne bis 2030.<sup>28</sup>

### **Billionenwirtschaft und Geldentwertung**

Der Shutdown der deutschen Wirtschaft 2020/21 war nicht mehr in Milliarden, sondern mit nur noch in Billionen zu bewerten. Allein das im Frühjahr 2020 gestartete Hilfspaket der Bundesregierung überstieg die Billionen-Marke: Der Umfang der haushaltswirksamen Maßnahmen betrug 353,3 Milliarden Euro und der Umfang der Garantien insgesamt 819,7 Milliarden Euro. Damit war es das bis dato größte Hilfspaket in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland – das prompt im Herbst 2020 nochmals erhöht wurde.<sup>29</sup> Dieses und alle weiteren Hilfspakete zur Stützung der Wirtschaft waren nur mit einer Neuverschuldung im großen Stil möglich. Ähnlich in den USA, wo allein im ersten Halbjahr 2020 ein Hilfspaket von rund 2,2 Billionen US-Dollar auf den Weg gebracht wurde, wiederum mit Nachschlag.<sup>30</sup>

Eine Folge der großzügigen Wirtschaftshilfe ist absehbar: Das von den Zentralbanken in der Krise zur Verfügung gestellte Geld wird die Inflation steigen lassen, die Geldentwertung ist nach der Krise höher als zuvor. Mit anderen Worten, die Preise für Konsumgüter und Vermögensgegenstände wie Aktien oder Immobilien werden steigen, und zwar angesichts der neuen Verschuldungsdimension erheblich. In der Europäischen Union wurde in der Pandemie der Stabilitätspakt außer Kraft gesetzt und damit der Weg frei gemacht für eine praktisch unbegrenzte Kreditaufnahme.<sup>31</sup> Die Flut der neuen Staatsschulden landet bei den Notenbanken, in Europa wird also wohl die Europäische Zentralbank (EZB) zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte eingesetzt. Das wird „eigentlich“ sowohl in den Statuten der EZB als auch im Maastricht-Vertrag ausdrücklich ausgeschlossen. Aber die Jahre 2020/21 haben bewiesen: In der Stunde der Not kann die Politik sehr schnell Entscheidungen treffen, die zuvor undenkbar waren. Sollte beispielsweise der Wirtschaftseinbruch aufgrund der Pandemie bei 15 Prozent liegen und würde dieser Ausfall mit neuen Krediten

finanziert, die von der EZB bereitgestellt würden, so stiege die Euro-Geldmenge ebenfalls um 15 Prozent.<sup>32</sup> Diese Ausweitung der Geldmenge wird die Kaufkraft der Währung mindern und somit die Inflationsrate nach oben treiben – wohin, weiß niemand. 2019 lag die Inflationsrate rechnerisch bei 1,44 Prozent, im Jahr zuvor bei 1,76 Prozent. Es könnte sein, dass sie nach der Krise in den 2020ern an der Marke von zwei Prozent kratzt, zumindest aber das Niveau von 2018 übersteigt. Aber sie wird wohl nicht in schwindelerregende Höhen davoneilen, wie es viele Schwarzseher prognostizierten. Die Gefahr einer Hyperinflation ist gering. Denn die EZB und die anderen Notenbanken hatten die Wirtschaftswelt schon sehr lange vor der Krise mit billigem, also praktisch zinslosem, Geld überschwemmt, ohne dass die Inflationsrate davon galoppiert ist. Die Welt hatte sich längst vor 2020/21 auf eine zuvor schier unvorstellbare Geldschwemme eingestellt.<sup>33</sup> Das dürfte Edelmetallen in den 2020er Jahren einen guten Zulauf garantieren, weil vor allem Gold unverändert als die krisensicherste Währung der Welt gilt.<sup>34</sup> Es wird wohl auch den Kurs der Kryptowährungen wie Bitcoin & Co als „das neue Gold“ beflügeln.<sup>35</sup> Ende 2020 überstieg der Bitcoin erstmals die historische Marke von 25.000 Dollar deutlich.<sup>36</sup>

### **Coronomics – die Folgepolitik der Pandemie**

Die „Coronomics“ – ein Kunstwort aus „Corona“ und „Economics“ –, also eine Wirtschaftspolitik, die aus der Pandemie 2020/21 herrührt, wird ihre Auswirkungen die ganze Dekade über bis 2030 zeitigen. Vorbild für dieses Jahrzehnt dürfte die enge Zusammenarbeit von Staaten und Notenbanken nach dem Zweiten Weltkrieg sein. Ob US-Fed oder EZB – angesichts der Rekordverschuldungen allenthalben gibt es gar keinen anderen Ausweg. Allein die EU brauchte aufgrund der Coronakrise über eine Billion Euro. Mindestens die gleiche Summe wird für den von der EU angestrebten Green Deal benötigt, also das Ziel, bis 2050 die Emissionen von Treibhausgasen in der EU auf null zu reduzieren. Gemeinsame Finanzierungsinstrumente sind dafür unerlässlich.

Ein gemeinsamer europäischer Schuldenfonds wäre in Zeiten der Coronomics ein probates Mittel, die viel zu hohen Schulden aller Euroländer, auch Deutschlands, abzubauen. Hierzu würde jedes Land einen bestimmten Wert vom Bruttoinlandsprodukt auf einen gemeinsamen Schuldenfonds übertragen. Dieser Fonds würde von der EZB über 100 Jahre zins- und tilgungsfrei gestellt; die bei den Staaten verbleibenden Schulden wären für alle Nationen erträglich.

Ein anderer Weg wäre die Ausgabe „ewiger Anleihen“ mit unbegrenzter Laufzeit. In diesem Fall würden die Staaten nur die Zinsen zahlen; eine Anleihe über eine Billion Euro würde die EU bei einer Zinsrate von 0,5 Prozent fünf Milliarden Euro im Jahr kosten. Bei sinkenden Zinsen ginge die Rate über die Jahre hinweg sukzessive zurück und das Kapital würde niemals zurückgeführt werden müssen. In der EU ist dieses Finanzinstrumentarium bislang weitgehend unbekannt; es ist in den 1957 verabschiedeten Römischen Verträgen zur Begründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die später zur EU führte, auch nicht vorgesehen. Doch es ist keineswegs neu. Bereits 1751 gab Großbritannien die ersten „consolidated annuities“, kurz Consols, aus. Sie wurden unter anderem zur Finanzierung der Kriege gegen Napoleon und auf der Krim verwendet, für die Abschaffung der Sklaverei, für die Linderung der irischen Hungersnot und für den Ersten Weltkrieg. Der US-Kongress genehmigte 1870 die Ausgabe von Consols, um die Schulden aus dem Bürgerkrieg zu finanzieren. Die Anleihe müsste nicht auf einen Schlag platziert werden, sie könnte in mehreren Tranchen verkauft werden. Die ersten würden sich vermutlich langfristig orientierte professionelle Investoren wie Versicherungskonzerne zulegen. Wenn auch andere Anleger im Laufe der Zeit mit dem Instrument der Daueranleihe vertraut sind, könnte man wohl sogar einen Aufpreis verlangen. Der Bundesrepublik Deutschland ist es schon früher gelungen, eine 30-jährige Anleihe mit Negativrendite zu verkaufen.<sup>37</sup> Ewige Anleihen haben gegenüber den häufig diskutierten, geforderten und abgelehnten Euro-Bonds, in der Krise auch Corona-Bonds genannt, einen großen politischen Vorteil: Sie einigen die Staaten der Europäischen Union, statt sie zu spalten. Euro-Bonds, also gemeinsame Darlehen der Euro-Länder, verstärken die schon bestehende Kluft zwischen Nord- und Südeuropa und sorgen für Spaltungen auch zwischen Ost und West – also alten und neuen Mitgliedsländern der EU. Ewige Anleihen, für deren Rückzahlung niemand haftet, wirken hingegen einigend. Sie können der EU und allen Mitgliedsstaaten finanzielle Ressourcen verschaffen, die unvergleichlich größer sind als alles, was der EU-Haushalt bieten kann. Damit könnten sie sich als ein Finanzinstrument erweisen, dass der Europäischen Union über die 2020er Jahre und darüber hinaus hilft, die Erwartungen und Hoffnungen der Bevölkerung in allen EU-Ländern zu erfüllen.

Fazit: Der wirtschaftliche Untergang wird zumindest in stabilitätsorientierten Ländern wie etwa Deutschland ausbleiben. Die apokalyptischen Szenarien der Krisenpropheten gehen an der Realität vorbei.<sup>38</sup> Die Folgen der Pandemie werden

indes weit in das angebrochene Jahrzehnt der 2020er hineinreichen und vermutlich neue Finanzierungsinstrumente benötigen.

Allerdings gab es nie zuvor in der Finanzgeschichte das Experiment der ungebremsten Geldvermehrung wie in den 2020er Jahren. Angesichts der Finanzierungsdimension in Billionenhöhe haben die Sparer auf absehbare Zeit keine nennenswerten Zinsen zu erwarten.

„Low for long“ heißt die Devise. Es empfiehlt sich somit die Anlage privater Vermögen gut verteilt auf Aktien, Fonds, Immobilien und Edelmetalle. Diese Empfehlung galt allerdings schon die ganzen letzten Jahre vor der Pandemie und sie wird mit höchster Wahrscheinlichkeit über das Jahr 2030 hinaus gelten. Vor allem Aktien und Edelmetalle werden davon profitieren: Aktien, weil das Vertrauen der Anleger in die Unternehmen größer ist als in die Regierungen und es aufgrund der Niedrigzinspolitik schlichtweg keine Alternativen gibt, um Renditen zu erwirtschaften, und Gold & Co, weil sie losgelöst von Staatsverschuldung, Real- und Finanzwirtschaft als eigenständige Wertanlage gelten.<sup>39</sup> Dabei ist allerdings damit zu rechnen, dass der Staat künftig bei allen Anlageformen durch Steuern und Abgaben stärker abschöpfen wird.

## **Ausblick**

Die Katastrophe 2020/21 wird in die Geschichtsbücher eingehen und noch in Jahrzehnten Gesprächsthema sein. Die Diplomatic Council Analyseserie „Post Corona“ geht den Auswirkungen auf die 2020er Jahre bis 2030 und teilweise darüber hinaus auf unterschiedlichen Feldern nach. Folgende Themen werden in der Reihe abgehandelt:

- Politik (erschienen)
- Erosion des Rechtsstaats (erschienen)
- Gesellschaft (erschienen)
- Wirtschaft (vorliegend)
- Totalstopp für das öffentliche Leben
- Internationale Institutionen
- China vs. USA
- Big Step für Big Brother

- Social Distancing
- Welt ohne Bargeld
- Sport ist Mord
- Sternstunde der Logistik
- Gute Zeit für die Umwelt
- Digitalisierung kommt mit Macht
- Medien - Gewinner und Verlierer
- Gefahrenstellen Genetik

Einige Themengebiete sind sehr umfangreich und werden daher in zwei, drei oder vier Analysen aufgeteilt.

Sachliche Anmerkungen, konstruktive Kommentare, Belobigungen und Kritik werden unter [analyse@diplomatic-council.org](mailto:analyse@diplomatic-council.org) gerne entgegengenommen.

Für alle DC Analysebulletins gilt: Sie sind ausschließlich für die Mitglieder des Diplomatic Council zur Lektüre freigegeben. Die Weitergabe an andere Personen, Unternehmen, Organisationen oder Institutionen oder die Veröffentlichung auch auszugsweise ist strikt untersagt.

## Quellenangaben

<sup>1</sup> <https://web.de/magazine/wirtschaft/shutdown-droht-kernschmelze-wirtschaft-34578416>

<sup>2</sup> <https://der-chefoekonom.com/2020/04/05/corona-rezession-in-deutschland/>

<sup>3</sup> <https://www.presseportal.de/pm/8185/4562020>

<sup>4</sup> <https://www.capital.de/wirtschaft-politik/innenministerium-warnt-vor-wirtschaftscrash>

<sup>5</sup> <https://www.oldenburger-onlinezeitung.de/nachrichten/merz-wirtschaft-wird-vorkrisenniveau-nicht-wieder-erreichen-38057.html>

<sup>6</sup> <https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-nach-der-coronakrise-braucht-es-das-wirtschaftswunder-2-0/25856166.html>

<sup>7</sup> <https://www.spiegel.de/wirtschaft/corona-krise-in-deutschland-bip-mit-15-milliarden-euro-pro-woche-im-minus-a-70fb7949-c7bd-458d-80e2-7106e82e75d7>

<sup>8</sup> <https://www.nzz.ch/meinung/coronavirus-deutschland-erwacht-aus-der-wohlstands-illusion-ld.1551624>

<sup>9</sup> <https://www.welt.de/wirtschaft/article207027733/DIHK-beklagt-Buerokratie-Staatliche-Fristen-nicht-einzuhalten.html>

<sup>10</sup> <https://www.welt.de/wirtschaft/article223253888/DIW-Prognose-Corona-Krise-kostet-Deutschland-391-Milliarden-Euro.html>

<sup>11</sup> <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/coronavirus-krise-sollen-reiche-fuer-die-kosten-zahlen-a-7c5a8ee5-9b2c-483b-aab0-6d6937f39de4>

- <sup>12</sup> <https://www.bundestag.de/resource/blob/691376/2feb28d7057bf918bd18254ab06d95ad/WD-4-041-20-pdf-data.pdf>
- <sup>13</sup> <https://www.derstandard.at/story/1316733427008/eu-direktive-eu-kommission-plaediert-fuer-transaktionssteuer-ab-2014>
- <sup>14</sup> [https://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/konjunktur-merkel-will-finanztransaktionssteuer-vorantreiben\\_aid\\_773683.html](https://www.focus.de/finanzen/news/wirtschaftsticker/konjunktur-merkel-will-finanztransaktionssteuer-vorantreiben_aid_773683.html)
- <sup>15</sup> [https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_Data/docs/pressdata/en/ecofin/134949.pdf](https://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/en/ecofin/134949.pdf)
- <sup>16</sup> <https://www.welt.de/wirtschaft/article195725527/Regierungsplaene-Finanzexperten-fordern-Stopp-der-Aktiensteuer.html>
- <sup>17</sup> <https://www.bloomberg.com/opinion/articles/2020-07-27/the-eu-s-financial-transaction-tax-is-resurrected>
- <sup>18</sup> <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-krise-markus-soeder-will-die-steuern-senken-a-17bcc116-5469-4050-8b77-5cb5946a13a7>
- <sup>19</sup> <https://www.finanzen.net/nachricht/aktien/corona-folgen-morgan-stanley-analysten-warnen-eindringlich-vor-wiederholung-eines-fehlers-aus-2010-8750057>
- <sup>20</sup> <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-krise-droht-eine-revolution-der-mittelschicht-a-b900b343-fa69-4fb6-98e2-bb0fe4e3615>
- <sup>21</sup> <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/deutschland-generation-mitte-fuerchtet-den-wirtschaftsabschwung-a-1286119.html>
- <sup>22</sup> <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/coronakrise-wirtschaft-101.html>
- <sup>23</sup> <https://www.nzz.ch/meinung/coronavirus-die-pandemie-besiegen-wir-nicht-mit-sozialismus-ld.1552100>
- <sup>24</sup> <https://www.n-tv.de/politik/dossier/Deutschland-autofrei-article605647.html>
- <sup>25</sup> <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/corona-krise-preis-fuer-rohoel-aus-den-usa-erstmal-im-negativen-bereich-a-a5c825be-9b23-4062-a90d-dab3ada10b02>
- <sup>26</sup> <https://www.nzz.ch/wirtschaft/shell-kuerzt-die-dividende-ld.1554514>
- <sup>27</sup> <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/us-oelkonzerne-in-der-coronakrise-kampf-um-den-adelstitel-a-3dd31ae1-35de-4e0d-9c86-d43826be0de0>
- <sup>28</sup> <https://www.tagesschau.de/ausland/china-volkskongress-167.html>
- <sup>29</sup> <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Corona-Schutzschild/2020-03-13-Milliarden-Schutzschild-fuer-Deutschland.html>
- <sup>30</sup> <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/welt/2055882-US-Repraesentantenhaus-billigt-22-Billion-Dollar-Hilfspaket.html>
- <sup>31</sup> [https://ec.europa.eu/germany/news/20200323-coronavirus-finanzminister\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20200323-coronavirus-finanzminister_de)
- <sup>32</sup> [https://www.focus.de/finanzen/boerse/experten/selbst-waehrend-einer-inflation-gold-das-edelmetall-ist-waehrend-der-inflation-eine-fluchtmoeglichkeit-fuer-anleger\\_id\\_11892441.html](https://www.focus.de/finanzen/boerse/experten/selbst-waehrend-einer-inflation-gold-das-edelmetall-ist-waehrend-der-inflation-eine-fluchtmoeglichkeit-fuer-anleger_id_11892441.html)
- <sup>33</sup> [https://www.focus.de/finanzen/boerse/experten/geld-und-mehr-geld-experte-sieht-drei-phasen-bringt-die-geldflut-die-grosse-inflation\\_id\\_11883422.html](https://www.focus.de/finanzen/boerse/experten/geld-und-mehr-geld-experte-sieht-drei-phasen-bringt-die-geldflut-die-grosse-inflation_id_11883422.html)
- <sup>34</sup> [https://www.focus.de/finanzen/boerse/gold/deshalb-wird-gold-so-wichtig-ray-dalio-wer-kein-gold-besitzt-versteht-nichts-von-unserer-geschichte-und-wirtschaft\\_id\\_11955786.html](https://www.focus.de/finanzen/boerse/gold/deshalb-wird-gold-so-wichtig-ray-dalio-wer-kein-gold-besitzt-versteht-nichts-von-unserer-geschichte-und-wirtschaft_id_11955786.html)
- <sup>35</sup> <https://www.n-tv.de/wirtschaft/Krypto-Experte-Bitcoin-ist-das-neue-Gold-article22242887.html>
- <sup>36</sup> <https://www.btc-echo.de/bitcoin-kurs-btc-knackt-26-000-us-dollar-marke-das-sind-die-gruende/>
- <sup>37</sup> <https://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/george-soros-fordert-ewige-anleihen-die-eu-muss-sich-zusammenraufen-a-6df11c82-a27f-42e6-b2db-14125c124efe>
- <sup>38</sup> <https://www.zeit.de/wirtschaft/2020-03/coronavirus-krise-rettungsprogramme-inflation-5vor8>
- <sup>39</sup> <https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-die-ungebremste-geldvermehrung-der-notenbanken-hat-immense-risiken/25817000.html>